

II- 109 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 3. JUNI 1970 No. 87/J

A n f r a g e :

der Abgeordneten Z e i l l i n g e r , P e t e r und Genossen
an den Herrn Bundesminister für Landesverteidigung,
betreffend Einberufung von rund 100 oberösterreichischen Lehrern
zum ordentlichen Präsenzdienst.

Zum 1. Juli 1970 wurden in Oberösterreich rund 100 Lehrer zum ordentlichen Präsenzdienst einberufen. Die von einem Großteil der Betroffenen schon vor längerem eingebrachten Ansuchen um Aufschub der Einberufung liegen, wie bekannt wird, unerledigt im Bundesministerium für Landesverteidigung. Dies steht in eindeutigem Widerspruch zu der seinerzeit seitens des Bundesministeriums für Landesverteidigung gegebenen Zusagen, daß bis zum 1. September 1971 überhaupt keine Lehrer eingezogen bzw. daß jedes Ansuchen um Aufschub der Einberufung positiv erledigt werden würde, sowie zu unlängst veröffentlichten Pressemeldungen über eine Präsenzdienstfreistellung für Lehrer in besonderen Bedarfsfällen.

Da die Einberufung von 100 Lehrern zum ordentlichen Präsenzdienst katastrophale Folgen hätte und einzelne Schulen in Oberösterreich überhaupt zur Schließung zwingen würde, richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Landesverteidigung die

A n f r a g e :

1. Wie nehmen Sie zu dem oben dargelegten Sachverhalt Stellung?
2. Werden Sie veranlassen, daß die gegenständlichen Einberufungen nach der Maßgabe rückgängig gemacht werden, daß der Schulbetrieb in oberösterreichischen Schulen ohne vermeidbare Einschränkung aufrecht erhalten werden kann?

Wien, 3.6.1970